

Oskar Niedermayer

Die Parteien am Scheideweg: Wohin und mit wem?

Die Bundestagswahl 2013 hat zu Strukturveränderungen des Parteiensystems geführt, die starke Anreize für ein Überdenken der inhaltlichen Positionierung und koalitionsstrategischen Orientierung der Parteien setzen.

Der parteipolitische Wettbewerb wird durch zwei zentrale Konfliktlinien geprägt: den ökonomischen Sozialstaatskonflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit und den gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Werten. Deutliche Veränderungen der Positionierung der Parteien auf diesen Konfliktlinien müssen der Wählerschaft sehr gut begründet und kommuniziert werden, um nicht zu Unterstützungszug zu führen.

Die SPD musste dies nach ihrer Positionsveränderung in Richtung Marktfreiheit im Rahmen des Sozialstaatskonflikts (Stichwort »Agenda 2010«) leidvoll erfahren. Die dadurch bewirkte Strukturveränderung im Parteiensystem (Westabspaltung von der SPD in Gestalt der WASG und deren Vereinigung mit der damaligen PDS zur Partei Die Linke als gesamtdeutscher Konkurrenzpartei) ist ein wesentlicher Grund für die Tatsache, dass sich die seit den 50er-Jahren bestehende und erst Ende der 90er-Jahre abgebaute strukturelle Vorteilsposition der Union seit 2009 wieder verfestigt. Im Wahlkampf wollte die SPD sich eigentlich wieder stärker als Partei der sozialen Gerechtigkeit positionieren. Sie setzte jedoch mit der Daten-spähaffäre zwei Monate lang auf das falsche Thema und besann sich erst auf ihren »Markenkern«, als Peer Steinbrück im TV-Duell mit sozialen Themen punktete. Wie die Umfragedaten zeigen, konnte die SPD dadurch die Kompetenzzuweisung der Wähler im Bereich der sozialen Ge-

rechtigkeit letztlich nicht steigern. Damit dies in Zukunft erreicht werden kann, muss die SPD in einer eventuellen Großen Koalition ihre wieder stärker am Grundwert der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtete Position im Sozialstaatskonflikt durch konkrete Politik deutlich machen und sie den Wählern auch schon während der Legislaturperiode optimal vermitteln.

Selbst wenn dies gelingt, ist jedoch eine rot-grüne Machtperspektive in überschaubarer Zukunft sehr fraglich. Da sich die SPD nicht mit der Juniorrolle in einer Großen Koalition zufrieden geben will hat sie auf dem Parteitag in Leipzig daher – mangels anderer Möglichkeiten und weil eine Marginalisierung der Linkspartei nicht zu erwarten ist – ihre Koalitionsoptionen

in Richtung einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit im Prinzip erweitert. Dies verspricht jedoch ein langer und steiniger Weg zu werden. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass das rechnerische »linke Lager« mit nur 42,7 % der Stimmen noch keine gesellschaftliche Mehrheit hat. Zudem wäre der gemeinsame Stimmenanteil mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit deutlich geringer ausgefallen, wenn SPD und Grüne im Wahlkampf angekündigt hätten, notfalls mit der Linkspartei koalieren zu wollen. Auch nach der Wahl ist die Anhängerschaft beider Parteien in Bezug auf diese Frage gespalten. Das größte Problem dabei ist, dass ein Teil der Wähler, Mitglieder und Funktionäre von SPD und Grünen eine Zusammenarbeit auf Bundesebene aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt, weil man Die Linke immer noch nicht als normale demokratische Partei ansieht: zum einen wegen der nicht adäquat aufgearbeiteten Ver-

*Das rechnerische
»linke Lager«
hat noch keine
gesellschaftliche
Mehrheit*

gangenheit der Partei und zum anderen weil es in einigen Landesverbänden Mitglieder gibt, die man auch bei weiter Auslegung des Demokratiebegriffs nicht als Demokraten bezeichnen kann. Da damit zu rechnen ist, dass auch einige Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen so denken, wäre der Versuch einer rot-rot-grünen Regierungsübernahme durch ein konstruktives Misstrauensvotum während der Legislaturperiode mit deutlichen Unwägbarkeiten verbunden. Damit sich diese Einstellungen in Zukunft ändern, müsste die Linkspartei nicht nur eine bisher nicht gegebene Kompromissbereitschaft z.B. in außen- und verteidigungspolitischen Fragen zeigen, sondern sich auch deutlicher von ihrer Vergangenheit distanzieren und sich mit Mitgliedern, die undemokratische Ansichten vertreten, argumentativ stärker auseinandersetzen. Da neue Koalitionsoptionen auf Bundesebene in Deutschland bisher immer erst einmal auf der Landesebene erprobt wurden, wäre es auch sinnvoll, eine Koalition mit der Linkspartei zunächst in einem westdeutschen Bundesland zu etablieren. Dann ließen sich möglicherweise auch grundsätzliche Bedenken aufgrund realer Erfahrungen zerstreuen.

Ein weiteres Problem für eine zukünftige rot-rot-grüne Machtperspektive ist die Tatsache, dass die Grünen nach der Wahl eine strategische Neuausrichtung vorgenommen haben. Man will in Zukunft den eigenen Markenkern, die Umwelt- und Energiekompetenz, wieder stärker in den Vordergrund stellen und das Ausmaß der Durchsetzung eigener politischer Inhalte zum einzigen Maßstab für Koalitionsentscheidungen machen. Dies bedeutet, dass die Grünen in Zukunft nicht mehr der »natürliche« Koalitionspartner der SPD im Rahmen eines linken Lagers sein werden, sondern sich im Parteiensystem als »Scharnierpartei« definieren, die grundsätzlich nach beiden Seiten offen ist. Diese Neuausrichtung ist primär aufgrund der Tatsache erfolgt, dass die Strategie der Er-

weiterung der eigenen Wählerklientel durch eine Neupositionierung der Partei im Sozialstaatskonflikt gescheitert ist. Durch ihre Steuerbeschlüsse haben sich die Grünen im Wahlkampf im Rahmen des Sozialstaatskonflikts »links« von der SPD positioniert. Von den Steuerplänen war zum einen ein nennenswerter Teil der eigenen Klientel betroffen – nach einer Studie des DIW neigten in den letzten Jahren 17,1% der Befragten aus den 10% der Haushalte mit den höchsten Haushaltsnettoeinkommen den Grünen zu. Zum anderen führte diese Strategie nicht zu einer höheren Kompetenzzuweisung seitens der Bevölkerung im Bereich der sozialen Gerechtigkeit und zudem hat sogar der Markenkern der Grünen, die Umwelt- und Energiekompetenz, darunter gelitten.

Auch die Union kann sich ihres Wahlsieges jedoch nicht uneingeschränkt erfreuen. Mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag ist ihr der bisherige Koalitionspartner abhandengekommen und es ist sehr unsicher, ob der FDP das parlamentarische Comeback gelingt. Sie hat die Erwartungen ihrer Wähler enttäuscht, Vertrauen verspielt, ihren Markenkern verloren und konnte diese Probleme im Wahlkampf nicht durch eine bei den Wählern positiv bewertete neue Spitzenmannschaft oder durch überzeugende inhaltliche Angebote auffangen. Zudem ist ihre regionale Basis in den letzten Jahren dadurch deutlich erodiert, dass sie in den 12 Landtagswahlen seit 2011 zwar einmal – in Hamburg – neu in den Landtag einziehen konnte, aber sieben Mal aus den Landtagen flog. Hinzu kommt, dass sie nicht nur wie bisher auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie in Konkurrenz zu den Grünen steht, sondern neuerdings auch ihre Rolle als marktliberale Polpartei im Sozialstaatskonflikt durch die AfD in Frage gestellt wird. Auch die Union muss daher ihre Koalitionsoptionen erweitern,

Auch die Union muss ihre Koalitionsoptionen erweitern

um nicht allein auf die SPD angewiesen zu sein. Wie der Verlauf der Sondierungsgespräche mit den Grünen gezeigt hat, hat sie dies auch schon getan und die Tür zu einer möglichen zukünftigen schwarz-grünen Koalition geöffnet. Neben der Frage, wem es in Zukunft gelingen könnte, Angela Merkel als Zugpferd in Wahlkämpfen zu ersetzen, droht ihr allerdings eine weitere Gefahr: Durch ihren Modernisierungskurs hat Angela Merkel die Positionierung der CDU auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie in Richtung progressiv-li-

bertärer Werte verschoben und dadurch den konservativen Teil ihrer Wählerschaft frustriert. Mangels parteipolitischer Alternative hat dieses Wählersegment bisher doch noch CDU gewählt bzw. ist zu Hause geblieben. Wenn sich die AfD in Zukunft als national-konservative Option zur Union mit klarer Abgrenzung zum rechten Rand positioniert, was angesichts der vorhandenen rechtspopulistischen Tendenzen fraglich ist, kann hier in Zukunft eine neue Konkurrenz zur Union entstehen.



Oskar Niedermayer

ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. 2012 gab er das Buch *Die Piratenpartei* im VS-Verlag heraus.

niederm@zedat.fu-berlin.de

Klaus Harpprecht

Frontweihnacht 1914

Das ist gewiss: Wir werden in den kommenden Monaten mit Erinnerungen, historischen Analysen, staatsmännischen und staatsfraulichen Kommentaren zur »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts (wie George Kennan den Ersten Weltkrieg bezeichnete) geradezu überschwemmt werden, in Frankreich, in dem das patriotische Gedenken noch immer den Grundcharakter der Nation (wenigstens ihrer älteren Semester) zu prägen scheint, vermutlich noch üppiger als anderswo. Schon jetzt präsentieren die Journale erste Serien, und man darf die Tage zählen, bis die Dokumentationen, die Spielfilme, die Fernseh-dramen und die Staatsakte zum 100-jährigen Jubiläum des Anfangs der großen Schlächtereier aus sämtlichen Kanälen des Fernsehens quellen – immer (wir hoffen es) nach dem Beispiel des Präsidenten Hollande von Bekundungen der französisch-deutschen Versöhnung begleitet, was

umgekehrt auch die Deutschen niemals versäumen sollten. Die Jungen werden vermutlich mit eher leeren Augen auf das Gepränge der historischen Zeugnisse starren: für sie Nachrichten aus der Vorgeschichte der Menschheit, so weit von ihnen entfernt wie einst für uns der Krieg von 1870, nein, eher noch die Schlachten Friedrichs II.

Indes, *Le Monde*, mit weitem Abstand die beste Tageszeitung des Landes, setzte im Vorfeld einen besonderen Akzent. Die Redaktion räumte dem Filmautor Christian Carion fast eine ganze Seite ein, um die seltsamen Ereignisse am Heiligen Abend und am Christfest 1914 zu schildern. An gewissen Abschnitten der gefrorenen Fronten zwischen den Franzosen, den Briten und den Deutschen schwiegen in jenen Weihnachtstagen nicht nur die Waffen, sondern die Soldaten schienen untereinander für eineinhalb Tage eine Art von illegalem Frieden geschlossen zu haben. Ca-